

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Nachmittag), 3. September 2014

Erziehungsdirektion

22 2013.RRGR.912 GR-Beschluss

Grossratsbeschluss betreffend den Beitritt des Kantons Bern zur interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)

Beilage Nr. 22

Fortsetzung

Präsidentin. Je vous prierais de prendre place. Nous allons commencer. Je vous rappelle que nous en sommes à l'affaire 22, «concordat sur les hautes écoles». Je prierais les porte-parole de groupe de s'annoncer. Mme Wälchi pour l'UDC.

Käthi Wälchli, Obersteckholz (SVP). Grundsätzlich unterstützt die SVP die Stärkung der Koordination und der gesamtschweizerischen Steuerung der Hochschulen. Das dient der Qualitätssicherung durch Bund und Kantone und ist so auch in der Bundesverfassung vorgesehen. Trotzdem lehnt eine Mehrheit das Koordinationsgesetz ab; eine Minderheit wird sich der Stimme enthalten oder zustimmen. Es wird befürchtet, dass eine allzu zentralistische Steuerung des Hochschulwesens auf Kosten der Autonomie, der Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen geht, wie das bei allen Konkordatslösungen der Fall ist. Den Kantonen verbleiben nur wenige Einflussmöglichkeiten. Es gilt zu bedenken, dass dadurch die Innovation gehemmt wird, was der Wirtschaft nicht zuträglich ist. Die Wirtschaft hat gemäss Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) Artikel 15 lediglich ein Antragsrecht, verfügt jedoch über kein Stimmrecht in der Plenarversammlung. Hier hat das Bundesparlament eine Chance verpasst, die Wirtschaft auch in die Plenarversammlung aufzunehmen. Aus den genannten Gründen wird eine Mehrheit der Fraktion das Konkordat ablehnen. Eine Minderheit wird sich enthalten, und einige werden zustimmen.

Bettina Keller, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion stimmt dem Beitritt zum Hochschulkonkordat zu. Wir begrüssen es grundsätzlich, dass die Hochschulen mit diesem Konkordat weiter gestärkt werden. Insbesondere kann die Koordination zwischen den Hochschulen verbessert werden. Wir begrüssen auch die Zielsetzungen des Konkordats, besonders was die Steigerung der Qualität in Lehre und Forschung betrifft. Wir teilen die Sorgen der SVP grundsätzlich nicht, sondern warnen hier vor einem Alleingang innerhalb der Schweiz. Es kann ja nicht sein, dass der Kanton Bern als zweitwichtigster Hochschulkanton dem Konkordat nicht beitrifft. Die drei gewichtigsten Kantone Zürich, Bern und Waadt können mit ihrer gesamten Stimmkraft im Hochschulrat die Mehrheit erlangen. Dadurch haben sie ein sehr hohes Gewicht.

Wir bedauern selbstverständlich, dass gewisse Anliegen des Kantons Bern, wie beispielsweise das Abwechseln des Präsidiums des Hochschulrats zwischen Bundesräten und Regierungsräten, nicht aufgenommen wurden. Trotzdem finden wir, es sei wichtig dem Konkordat beizutreten.

Eva Desarzens-Wunderlin, Boll (FDP). Die Mehrheit der FDP lehnt das Konkordat ab. Wir schliessen uns in wichtigen Punkten der SVP an und sehen gewisse Punkte nicht gleich wie die Grünen. Wie Eva Baltensperger vor dem Mittagessen gesagt hat, gilt es aufzupassen, dass die Universitäten ihre Kompetenzen nicht allzu stark in Richtung Gemeinwesen abgeben müssen. Wir danken dem Erziehungsdirektor für die Vernehmlassungsantwort. Er hat darauf hingewiesen, dass das Konkordat sehr wahrscheinlich nicht so schlank durch den Grossen Rat gehen wird. Im Kantonsrat von Zürich wurde darüber nicht einmal diskutiert, sondern es wurde direkt darüber abgestimmt. Das

ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sieht, dass der Kanton Zürich allein über 42 Stimmen verfügt. Es ist leider nicht so wie Kollegin Keller darstellt: Die nächsten zwei zusammen, Bern und Waadt, hebeln nicht einmal den Kanton Zürich aus. Es ist daher fraglich, ob das so richtig eingestellt ist.

Wir begrüßen es, dass der Regierungsrat darauf hinzuwirken versucht hat, dass das Präsidium abwechselungsweise von einem Regierungsrat und einem Bundesrat innegehalten wird. Im Moment haben wir ein Gesetz, das dann funktioniert, wenn wir unserem Erziehungsdirektor vertrauen, dass er sich für den Kanton Bern einsetzt. Auch der momentane Chef des Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) arbeitet für die Bildungspolitik. Gesetze und Konkordate sollte man nicht personenbezogen gestalten. Dadurch sieht die Mehrheit der FDP ganz klar mehr Gefahren als das erwünschte Licht im Tunnel. Die Strukturen werden nicht einfacher als heute. Das, was zurzeit bei Swiss Universities läuft, um die drei Rektorenkonferenzen zusammenzufassen, zeigt auf, dass es nicht einfacher wird. Einige unter uns haben Vorbehalte und lehnen das Konkordat daher ab. Eine Minderheit will das Konkordat. Die Begründung ist, dass man dort mitreden sollte, wo man Angst hat, unterzugehen. Die FDP ist somit gespalten; eine Mehrheit ist für Ablehnung.

Vreni Kipfer-Guggisberg, Stettlen (BDP). Die BDP stimmt dem Hochschulkonkordat zu. Ein Grund ist Qualität durch Vereinheitlichung. Qualität hat nicht nur mit Geld zu tun, sondern damit, ob das System richtig ist. Weitere Gründe sind Transparenz bei der Hochschulfinanzierung. In der globalisierten Welt müssen unsere Hochschulen international konkurrenzfähig sein. Künftig soll es nur noch eine Hochschulkonferenz, einen Akkreditierungsrat und eine Rektorenkonferenz geben. Dieser Vereinfachung stimmen wir ebenfalls zu.

Stefan Oester, Belp (EDU). Die EDU ist bezüglich des Beitritts des Kantons Bern zum Konkordat eher skeptisch. Wir haben die Vor- und Nachteile gehört. Aus unserer Sicht ist das riesige Gebilde, das schwer zu steuern ist, nachteilig. Der Einfluss des Kantons Bern ist eher gering, gibt man der Punktetabelle Recht. Wir gewinnen auch den Eindruck, die Eigenständigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Kantons würden eingeschränkt. Bei einer solch grossen, zentralistischen Organisation ist Autonomie nicht mehr gut möglich. Das sind die Gründe, weshalb wir vom Konkordat nicht begeistert sind, sondern dieses ablehnen werden.

Präsidentin. Je n'ai plus de porte-parole de groupe. Y-a-t-il encore des porte-parole de groupe? – Non, ce n'est pas le cas. A titre personnel, M. Guggisberg.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Die Koordination in der Hochschullandschaft ist wichtig. Das angesprochene Bundesgesetz und das Konkordat enthalten durchaus brauchbare Teile. Die Erlasse haben jedoch drei massive Schwächen. Wir delegieren gewichtige Kompetenzen weg von den Hochschulen an die Schweizerische Hochschulkonferenz, vor allem an den Hochschulrat. Das ist nichts anderes als zentrale Planwirtschaft. Autonomie und Wettbewerb gehen verloren. Zweitens hat die Wirtschaft im Hochschulrat gar keine Stimme. Genau die Wirtschaft ist an guten Abgängerinnen und Abgängern interessiert. Sie kann im Hochschulrat jedoch nicht mitstimmen. Das ist ein grosser Nachteil der Erlasse. Zum Stimmenverhältnis. Haben Sie auf Seite 20 nachgeschaut, wie das genau aussieht? Zürich, Basel und Genf, die metropolitanen Regionen, kommen zusammen auf 75 Stimmen. Bern hat deren 22. Selbst mit der Unterstützung der Waadt, von Freiburg, Luzern und Neuenburg kommen wir nur auf 67 Stimmen. Wir werden also von den metropolitanen Regionen in diesem Gremium grenzenlos vorgeführt. Das sind schon fast Zustände wie in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Die Nachteile überwiegen also ganz klar. Zu Konkordaten können wir nur ja oder nein sagen, was ohnehin schlecht ist. Daher müssen wir hier nein sagen.

Bedenklich ist auch, dass die Erziehungsdirektion in ihrem Vortrag gewissermassen droht, wenn der Kanton Bern dem Konkordat nicht zustimme, würden die Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten verloren gehen. Das ist in meinen Augen ganz klar falsch. Die entscheidende Gesetzgebung, nämlich Artikel 14 Absatz 3 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (Filag) sagt ganz klar: Bei einer Allgemeinverbindlicherklärung haben alle Kantone die gleichen Rechte und Pflichten. Das heisst, man hat bestimmt auch Einsitz in den Gremien. Selbst wenn wir später feststellen, dass wir beitreten sollten, können wir das immer noch tun. Das ist jedoch der falsche Gegenstand für einen vorauseilenden Gehorsam, für ein einfaches Durchwinken, weil wir denken, wir müssten wahrscheinlich. Ich bitte Sie daher, den Beitritt zum Konkordat abzulehnen.

Dave von Kaenel, Villeret (PLR). Je ne vais pas parler de voix du Nord, du Sud ou de l'Est ou de l'Ouest comme mon prédécesseur. Par contre, à l'instar du Conseil du Jura bernois lors de la procédure de consultation, j'ai constaté avec effroi que le site de St-Imier de la HE-Arc, dans le Jura bernois, ne figure pas dans la liste des sites concernés par ce concordat. Pour la HE-Arc, on y mentionne tout, les sites du canton de Neuchâtel, donc la Chaux-de-Fonds, Neuchâtel, pour la HES-SO, les sites dans le canton du Jura, pour la HEP-BEJUNE, les sites des cantons de Berne, Neuchâtel et Jura, par contre rien sur le site de St-Imier! Après la probable fermeture planifiée du site de St-Imier sur l'abandon des soins ES, sous la pression des cantons voisins de la HES-SO, la Direction de l'instruction publique nous prépare-t-elle un revira pour le site de la HE-Arc de St-Imier? La question reste ouverte. Tout en étant conscient que l'accord intercantonal sur les hautes écoles est une bonne chose pour les raisons évoquées précédemment, personnellement, je ne soutiendrai pas cette adhésion.

Hans-Peter Kohler, Spiegel b. Bern (FDP). Die Eigenständigkeit der Institutionen ist etwas Wichtiges und in diesem Zusammenhang eben auch die Konkurrenz zwischen diesen Institutionen. Konkurrenz ist gesund. Aufgrund der Konkurrenz ergeben sich qualitativ auch Unterschiede zwischen diesen Institutionen. Und die Wirtschaft muss etwas dazu sagen können, auch betreffend Angebot. In den Zielen ist von der «Durchlässigkeit und Mobilität zwischen den Hochschulen» die Rede. Eine gewisse Durchlässigkeit macht bestimmt Sinn. Was mich stört, ist die «Vereinheitlichung der Studienstrukturen, der Studienstufen und ihrer Übergänge, sowie gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse». Das führt zu einem Einheitsbrei. Es geht nicht darum, ob eine Universität oder eine Fachhochschule besser ist. Wenn wir durch einen Beitritt das Ganze vereinheitlichen, sehe ich keine Konkurrenz und keine Eigenständigkeit mehr. Ich sehe nicht mehr, dass unsere Wirtschaft im Entscheid kräftig mitreden kann, welche Studienabgänger wir brauchen. Passen wir also auf: Das ergibt einen Einheitsbrei, und das ist nicht sinnvoll.

Elisabeth Zäch, Burgdorf (SP). Ich spüre und bin völlig überrascht, dass viele unter euch den Beitritt zum Hochschulkonkordat ablehnen wollen. Ich kann es ehrlich gesagt nicht verstehen. Niemand unter euch hat mir gesagt, was die Alternative ist. Wenn ihr das nun ablehnt, so bedeutet das, dass unser Regierungsrat in allen Diskussionen aussen vor ist. Er kann vielleicht bei den Sitzungen zuhören, auf einem «Schäm-di-Bänkli» sitzen, aber nicht mitstimmen, mitbestimmen. Ich kann das nicht nachvollziehen. Überlegt euch auch, welches Signal ihr damit aus dem Rathaus sendet. Ihr sagt damit, dass sich der Kanton Bern aus der Diskussion rund um die Vision der Hochschule Schweiz abmeldet. Ihr sendet aus, dass man das auch seitens der Universität Bern so sieht, dass man nicht mitmachen will. Das Konkordat ist sicher nicht perfekt. Es gibt immer Vor- und Nachteile – das kennt ihr aus euren Gemeindeverbänden. Es ist ein taugliches Instrument, so sah es auch die Kommission. Bis zu einem gewissen Grad kann ich nachvollziehen, dass man vor Europa Angst hat. Aber dass man nun auch noch vor den anderen Kantonen Angst hat, geht mir definitiv zu weit. Bitte stimmt dem zu, das ist nichts als vernünftig.

Präsidentin. A titre individuel, M. Siegenthaler. M. Siegenthaler vous avez la parole.

Heinz Siegenthaler, Rüti b. Büren (BDP). Ich bin nicht ganz neu im Grossen Rat. Bei einer Mittagsveranstaltung weiss man in etwa, ob man noch einen Kaffee trinken kann. Ich war überzeugt, dass ich noch bleiben kann. Für mich war klar, der Grosse Rat werde dem Konkordat zustimmen. Nun stelle ich fest, dass es ganz anders aussieht. In diesem Sinne ist das ein Lerneffekt – man hat ja nie ausgelernt. Ich bin darüber erstaunt, dass wir im Kanton Bern offenbar wieder einmal der Meinung sind, wir könnten das ohnehin viel besser als die andern Kantone. Vielleicht ist da auch der Hintergedanke, Berner Recht gehe über Schweizer Recht. Denken wir daran, wie viele Leute sich über den «Kantönligeischt» ärgern. Im Bildungswesen muss man endlich aufhören damit. Dort geht es um die Auszubildenden, um Kinder und Jugendliche, um unsere Zukunft. Und genau da will das Kantonsparlament den «Kantönligeischt» zelebrieren. Habt doch nicht Angst, es gibt doch keinen Verlust an Mitspracherecht! Es geht nur um die Koordination, um Rahmenbedingungen, die für alle gleich gelten. An einem Fussballturnier gelten die Regeln auch für alle, auch wenn sie einem vielleicht nicht passen. Es geht nicht darum, dass man die Mannschaft nicht selbst aufstellen könnte. Es geht nicht darum, dass man nicht selbst die beste Mannschaft – oder eben Universität – aufstellen könnte. Da wird nicht dreingeredet.

Auch die Bedenken der Wirtschaft verstehe ich nicht. Die Wirtschaft pumpt sehr viel Geld in die uni-

versitäre Bildung – zu Recht. Das respektiere ich sehr. Man wird gar nicht darum herum kommen, mit der Wirtschaft zu reden. Diese Ängste kann ich einfach nicht begreifen. Was die Präsidentin der Bildungskommission gesagt hat, kann ich voll unterstützen. Wenn man nein sagt, dann meldet man sich einfach ab. Man sagt: «Mit denen wollen wir gar nicht reden, wollen wir nichts zu tun haben.» Stellen sie sich das Zeichen vor. Und der dritte Punkt: Unser neues Parlamentsrecht funktioniert noch nicht so gut. Die Bildungskommission stimmt dem Konkordat bei wenigen Enthaltungen einstimmig zu. Die Wirkung der Kommission hat sich noch nicht entfaltet. Das Parlament ist auf dem Weg, anders zu entscheiden. Das darf man selbstverständlich. Auch das ist für mich eine Erfahrung, die ich mitnehmen kann. Ich bitte Sie, im Interesse des Kantons Bern, einer qualitativ guten und hochstehenden Bildung, dem Konkordat zuzustimmen.

Adrian Haas, Bern (FDP). Heinz Siegenthaler hat mich doch etwas herausgefordert. Er sei nicht informiert gewesen. Vielleicht könnte er sich auch einmal beim Fraktionschef informieren, dann wüsste er nämlich, wie die Stimmung ist. Spass beiseite. Die Wirtschaft wurde angesprochen. Unsere Kritik hat überhaupt nichts mit «Kantönligeischt» zu tun. Wir befürchten, man stimme die Universitäten sehr stark aufeinander ab, worunter der Wettbewerb um die Bildungsqualität leiden wird. Es geht also nicht um «Kantönligeischt». Dass eine gewisse Konkurrenz und ein Wettbewerb unter den Universitäten in der Schweiz nach wie vor stattfinden, wäre eigentlich im Interesse der Bildung. Wir befürchten, das Koordinationsgremium trage letztlich zu einer Nivellierung bei. Das ist unsere Befürchtung. Mit Insichgekehrtheit hat das also nichts zu tun.

Präsidentin. Y-a-t-il encore des intervenants à titre personnel? – Ce n'est pas le cas, donc vous avez la parole M. le directeur.

Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor. In den letzten Jahren habe ich von Ihnen häufig gehört, die Hochschulen sollten doch enger zusammenarbeiten. Ich habe jeweils ein wenig die Konkurrenz verteidigt. Die Bildungsinstitutionen sollten über eine gewisse Selbständigkeit verfügen. Daher haben wir auch mit der Bildungsgesetzgebung deren Autonomie gestärkt. Aus den Kommissionen, namentlich der Finanzkommission und der Geschäftsprüfungskommission, habe ich immer wieder die Frage gehört, warum die Hochschulen in der Schweiz nicht stärker zusammenarbeiten. Warum koordiniert man in der Schweiz die verschiedenen Studiengänge nicht stärker? Ich sagte jeweils «piano, piano». Sie haben diesen Wunsch immer geäußert. Daher bin ich eher etwas überrascht, dass diese Zusammenarbeit nun gerade von Ihnen in Frage gestellt wird.

Artikel 63a der Bundesverfassung beauftragt den Bund und die Kantone, gemeinsam «für die Koordination und Qualitätssicherung im Schweizerischen Hochschulwesen zu sorgen». Es heisst: «Sie schliessen Verträge ab, und sie schaffen gemeinsame Organe». Das ist der Auftrag, den Bund und Kantone seitens der Bundesverfassung haben. Das tun wir übrigens bereits heute. Wir haben bereits heute die Schweizerische Universitätskonferenz. Da gibt es ein Konkordat, und dafür bezahlen wir auch. Als bernischer Erziehungsdirektor bin ich Mitglied der Schweizerischen Universitätskonferenz, die ich auch während zweier Jahre präsidierte. Man hat versucht, seitens der verschiedenen Universitätskantone, zusammen mit den Nicht-Universitätskantonen, die Universitätspolitik zu koordinieren. Ferner gibt es den Schweizerischen Fachhochschulrat. Alle Kantone, die über eine Fachhochschule oder eine Pädagogische Hochschule verfügen, versuchen damit im Rahmen der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), ihre Themen zu koordinieren. Auch da ist Bern Mitglied; ich bin zurzeit Vizepräsident.

Neu hat man ein gemeinsames Organ geschaffen. Der Bund hat mit dem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG), das am 1. Januar 2015 in Kraft tritt, die Hochschulkonferenz geschaffen. Diese wird neu durch einen Bundesrat präsidiert. Das ist für mich schade, da ich dort nicht mehr Präsident werden könnte (*Heiterkeit*). Das ist durch das Bundesgesetz definiert. In diesem Sinne haben wir Kantone etwas weniger Einfluss, indem das Organ per Definition durch einen Bundesrat präsidiert wird. Dort wird die Koordination für Universitäten, Pädagogische Hochschulen und Fachhochschulen gemeinsam angegangen. Das ist eigentlich noch gut. Neu gibt es eine Gesamt-sicht auf die drei Hochschultypen, nicht mehr zwei verschiedene Konferenzen. Der Präsident wird Johann Schneider-Ammann sein. Ferner gibt es zwei Vizepräsidien aus den Kantonen.

Das Organ wird durch das HFKG geschaffen, also durch ein Bundesgesetz. Die Mitgliedschaft der Kantone, ihre Stimmenverhältnisse und was die Kantone bezahlen, wird in einem Konkordat zwischen den Kantonen geregelt. Auch das steht so im Bundesgesetz. Es würde nun allgemein etwas überraschen, wenn der Kanton Bern – immerhin der zweit- oder drittgrösste Hochschulkanton –

sagen würde, er trete dem Organ nicht bei, stimme der Stimmenverteilung nicht zu und wolle finanziell nichts dazu beisteuern. Die Schweizerische Universitätskonferenz wird aufgelöst, und der Fachhochschulrat ebenfalls. Die betreffenden Konkordate werden abgeschafft. Da waren wir ja dabei, und bei dem neuen Gremium wären wir dann nicht mehr dabei. Anders könnte ich das Nein nicht interpretieren, als dass wir dort nicht dabei sein wollen.

Es ist richtig, dass die Konferenz auch ohne uns entsteht. Das Bundesgesetz definiert die Konferenz. Bundesrat Schneider-Amman wird sich nicht davon abhalten lassen, die Konferenz zu präsidieren – auch wenn der Kanton Bern nicht beitrifft. Wir würden sagen, wir seien beim Konkordat nicht dabei, und wir bezahlen auch nicht. Es ist denkbar, dass der Bund das Konkordat anschliessend für allgemein verbindlich erklärt. Wir wären dann allenfalls gezwungen, dabei zu sein, trotzdem zu bezahlen, und wir könnten auch mitstimmen. Das ist möglich. Es würde jedoch einen Moment dauern, bis die Allgemeinverbindlichkeit durch den Bundesrat erzwungen würde. Das macht der Bund in der Regel nicht so gerne. In der ersten Phase wären wir meiner Meinung nach nicht dabei. Ich könnte wohl mit den Kollegen verhandeln und sagen: «Der Grosse Rat wollte dem Konkordat nicht beitreten, darf ich dennoch dabei sein und mitstimmen?» Vielleicht gäbe es eine Sonderlösung, indem wir nicht bezahlen, aber trotzdem mitstimmen könnten. Ich bin jedoch nicht ganz sicher, ob das funktionieren würde. Ich hätte auch ein gewisses Verständnis für Genf, Zürich oder Luzern, wenn sie sagen würden: «Nein; entweder bezahlt ihr, oder ihr stimmt nicht.»

Vor dem Mittag haben Sie mir gesagt, ich solle mich dafür einsetzen, dass die Berufsmaturanden möglichst ohne zusätzliche Prüfung die Pädagogischen Hochschulen besuchen können. Das entscheidet der Vorstand der Hochschulkonferenz, nämlich der Hochschulrat. Ob ich eine gute Ausgangslage hätte, wenn ich sage: «Wir Berner machen zwar nicht mit, aber ich möchte trotzdem sagen, wie man das mit den Berufsmaturitäten macht.» – Ich bin mir nicht ganz sicher, ob sie mich da mit offenen Armen empfangen würden. Mitmachen, ohne zu bezahlen – ich weiss nicht, ob das möglich wäre. Vielleicht würden die anderen Kantone das erlauben, aber ich halte es nicht für wahrscheinlich.

Zur Autonomie. Es ist richtig, das Bundesgesetz lässt vieles offen. Man versucht, in die Koordination zwischen den Hochschulen einzugreifen. Sie haben immer gewünscht, dass man insbesondere in den teuren Bereichen zwischen den Hochschulen besser koordiniert. Ich helfe sofort mit, da eher auf die Bremse zu stehen – das tue ich im Moment auch. Ich bin der Meinung, die Hochschulen sollten sich durchaus auch etwas konkurrenzieren. Dass die neue Situation zu mehr Einfluss auf die Hochschulen führt, ist gar nicht gesagt. Gerade im Bereich Fachhochschulen ist es heute so, dass der Bund jeden Studiengang jeder kantonalen Fachhochschule akkreditiert. Mit dem neuen Gesetz fällt das weg. Es werden nur noch die Hochschulen an sich akkreditiert, und die Studiengänge sind frei. Ich werde mich in der EDK dafür einsetzen, dass man auch bei den Pädagogischen Hochschulen untereinander die Studiengänge nicht mehr anerkennen muss. Die Autonomie soll auch hier gelten. Dazu brauche ich jedoch Einfluss.

Zum Stimmenverhältnis. Lars Guggisberg hat geschaut, ob wir uns zusammen mit den kleinen Kantonen gegen Zürich und Basel durchsetzen könnten. Mir ist es fast wichtiger, dass ich mich manchmal mit Zürich und Basel gegen die kleinen durchsetzen kann. In dieser Frage sind wir nämlich Hochschulkanton und haben eine gänzlich andere Interessenlage. Unsere Partner sind in der Regel Zürich, Basel oder Genf. Das sind Hochschulkantone mit grossen Universitäten. Wir haben uns eher dagegen gewehrt, dass uns Uri oder Thurgau sagen können, wie wir unsere Hochschulpolitik machen müssen. Wir bezahlen ganz andere Summen an unsere Hochschulen als diese Kantone. Zusammen mit Zürich, Basel, Genf haben wir eine andere Interessenlage. Die Rechnung müsste eine andere sein: Haben wir zusammen mit Zürich und Basel eine Sperrmehrheit? Die haben wir. Sie machen eine andere Rechnung. Ich bin nicht ganz sicher, ob das die richtigen Allianzpartner in dieser Frage sind. Diese Kantone haben keine Hochschule, während wir deren fünf haben. Wir sind der Hochschulkanton mit den meisten Hochschulen.

Von mir aus gesehen wäre es überraschend, wenn wir da nicht mitmachen würden. Ich würde davon ausgehen, dass wir in diesem Fall auch nicht dabei wären. Dann würde sich auch die Diskussion über die Einflussnahme hinsichtlich der Berufsmaturanden an den Hochschulen erübrigen. Ich hätte auf diesen Entscheid keinen grossen Einfluss mehr. Sie müssen entscheiden, ob Sie mitmachen wollen. Bis jetzt waren wir bei der Schweizerischen Universitätskonferenz und dem Fachhochschulrat dabei. Es wäre etwas Neues, wenn wir bei den Entscheidungsgremien nicht mehr dabei wären.

Präsidentin. La rapporteuse de la Commission de la formation ne veut plus prendre la parole. Nous allons donc passer au vote. Je vous rappelle que nous ne passons pas au vote article par article

puisque c'est un concordat. Je vous prierais de prendre les pages 16 et 17 de la documentation, vous avez là sept points et nous votons sur ces sept points et ensuite nous passerons au vote final. Ceux qui acceptent le point 1 de cet arrêté sur le concordat sur les hautes écoles votent oui, ceux qui refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	95
Nein	46
Enthalten	5

Präsidentin. Vous avez accepté le point 1. Nous passons donc au point 2. Ceux qui acceptent le point 2 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	104
Nein	36
Enthalten	5

Präsidentin. Vous avez accepté le point 2. Nous passons au point 3. Ceux qui acceptent le point 3 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	121
Nein	20
Enthalten	6

Präsidentin. Vous avez accepté le point 3. Nous passons au point 4. Ceux qui acceptent le point 4 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 4)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	131
Nein	9
Enthalten	7

Präsidentin. Vous avez accepté le point 4. Point 5. Ceux qui acceptent le point 5 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 5)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	118
Nein	22
Enthalten	6

Präsidentin. Vous avez accepté le point 5. Le point 6. Ceux qui acceptent le point 6 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 6)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	103
Nein	36
Enthalten	8

Präsidentin. Vous avez accepté le point 6. Nous passons donc au point 7. Ceux qui acceptent le point 7 votent oui, ceux qui le refusent votent non.

Abstimmung (Ziff. 7)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ja	134
Nein	6
Enthalten	4

Präsidentin. Vous avez accepté le point 7.

Titel und Ingress
Angenommen

Kein Rückkommen

Präsidentin. Nous passons donc au vote final. Ceux qui acceptent ce concordat votent oui et ceux qui le refusent disent non.

Schlussabstimmung

Der Grosse Rat beschliesst:

Genehmigt

Ja	97
Nein	44
Enthalten	6

Präsidentin. Vous avez accepté ce concordat.